

## Pressemitteilung

### **Petition für das Schulfach Wirtschaft: Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte übergibt Unterschriftenliste an NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer**

**Düsseldorf, 25.01.2018 – Der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte hat der seit Juni 2017 amtierenden Schulministerin Nordrhein-Westfalens Yvonne Gebauer (FDP) eine Liste mit mehr als 1.000 im größten Bundesland gesammelten Unterschriften für die Einführung des Pflichtschulfachs „Wirtschaft“ übergeben. Den bildungspolitischen Kurs der NRW-Landesregierung bewertet der bdvb positiv.**

Im Rahmen der Ende 2017 ausgelaufenen Online-Petition sammelte der bdvb bundesweit mehrere Tausend Unterschriften, davon 1.141 in Nordrhein-Westfalen. Das Ziel der Petition: die Einführung eines schulformübergreifenden Pflichtfachs „Wirtschaft“ für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe.

Bereits seit vielen Jahren setzt sich der bdvb für das geforderte Schulfach ein. Die Ökonomen sehen darin einen wichtigen Beitrag, um jungen Menschen relevantes Alltagswissen zu vermitteln, Privathaushalte vor der Überschuldung zu bewahren und wirtschaftspolitische Entscheidungen verständlich zu machen. Auch für die Partizipationsfähigkeit in modernen Demokratien sieht der Verband wirtschaftliches Basiswissen, das in anderen Schulfächern nur unzureichend vermittelt werden kann, als unverzichtbar an.

„Es ist ein großer Erfolg, dass die längst überfällige Einführung des Schulfachs Wirtschaft in NRW endlich beschlossene Sache ist“, so bdvb-Präsident Malcolm Schauf bei der Übergabe der Unterschriften im Schulministerium. „Nun gilt es das Thema kontinuierlich voranzutreiben, damit die Schülerinnen und Schüler unseres Landes auch an allgemeinbildenden Schulen bald von einem qualitativ hochwertigen Wirtschaftsunterricht profitieren können. Gleichzeitig hoffen wir, dass das Beispiel auch in anderen Bundesländern Schule machen wird.“

Ministerin Gebauer bedankte sich für die Unterstützung des bdvb und betonte: „Um Schülerinnen und Schüler besser auf eine selbstbestimmte Lebensgestaltung vorzubereiten, will die Landesregierung die ökonomische Bildung an allen weiterführenden Schulen stärken. Damit verbunden ist ein Prozess, weil Lehrpläne umgestaltet sowie gegebenenfalls die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften angepasst werden müssen. Mit der Umstellung auf G9 werden wir an den Gymnasien mit der Ausschärfung des Faches Politik/Wirtschaft unter Steigerung der ökonomischen Kompetenzen beginnen.“

**Über den bdvb:** Der 1901 in Berlin gegründete unabhängige Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. vertritt über die Teildisziplinen hinweg die Interessen aller Wirtschaftswissenschaftler in Deutschland in Studium und Beruf. Als anerkannter und größter Wirtschaftsakademikerverband unterstützt er die interdisziplinäre Diskussion über ökonomische Themen und bietet ein Forum für den Gedankenaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis. Der bdvb kooperiert mit in- und ausländischen Partnerverbänden, Forschungseinrichtungen und Unternehmen.

Kontakt:  
Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. (bdvb)  
Florastr. 29, 40217 Düsseldorf  
Tel.: 0211-371022, E-Mail: [info@bdvb.de](mailto:info@bdvb.de)